

Neues aus den Landesverbänden und Regionalgruppen

Der djB im Saarland

Fortsetzung der Interviewreihe von **Birgit Kersten**, Mitglied der Regionalgruppe Oldenburg, Assessorin, Brake mit Dr. **Şirin Özfirat**, der Vorsitzenden des djB-Landesverbands Saarland

Was ist charakteristisch für den LV Saarland?

Wir haben verhältnismäßig viele junge Mitglieder, also Studierende und Referendarinnen, die sich sehr engagieren; dies ist leider auch mit einer hohen Fluktuation der in ihrer Studien- und Referendarzeit sehr engagierten Mitglieder nach Ausbildungsende und Berufsstart in eine andere Region Deutschlands verbunden. So kommen uns leider immer wieder die „jungen Juristinnen“ im Vorstand oder die Webseiten-Beauftragten abhanden und wir müssen neue Mitglieder hierfür begeistern – das hält uns allerdings auch inhaltlich fit und flexibel.

Außerdem veranstalten wir jedes Jahr sonntags eine sogenannte Sommerwanderung, bei der die Partner*innen und die ganze Familie der Mitglieder mit dabei sein können. Das wird sehr gut angenommen. Bei einem gemeinsamen Essen lassen wir diese dann ausklingen. So werden auch mögliche Vorbehalte von engen Angehörigen gegen den „Feministinnenclub“ abgebaut. Außerdem trauen sich neue Mitglieder oder Interessentinnen am ehesten bei einer Wanderung, einmal mitzukommen und zu schauen, wie der Verband so „tickt“; sonst haben sie oft – unbegründete – Ängste, juristisch noch nicht „weit“ oder „gut“ genug zu sein.

Was sind die aktuellen Themen? Wie werden die Themen gefunden? Gibt es einen Schwerpunkt? Mit über 60 Mitgliedern hat der Verband eine stabile Grundlage. Im Heft 2/2020 der djBZ wurden viele Landesverbände und Regionalgruppen vorgestellt, Ihr Landesverband leider nicht. Was gibt es Neues zu berichten? Die Themen besprechen wir in unseren Vorstandssitzungen; Streit gab es noch nie.

Das Saarland war der erste Landesverband, der sich der Parité in den Parlamenten angenommen hat und seit 2012 regelmäßig Veranstaltungen, auch eine Petition hierzu veranstaltet hat. Das lag unter anderem an der Nähe zur französischen Grenze, da in Frankreich mit dem Paritégesetz schon damals erste Schritte gemacht worden waren, denen bis heute weitere gefolgt sind.

Dieses Jahr habe ich mit einer Kollegin mein justizielles Aufarbeitungsprojekt zur Rechtsprechung des NS-Sondergerichts beim Landgericht in Saarbrücken (Doppelband „Unrecht durch Rechtsprechung“) vorgestellt, da diese auch viele frauenspezifische Aspekte hatte: man lernt so viel über das Familien- und sonstige weibliche Rollenbild der NS-Politik; aber auch zur – in Ermangelung an in den Krieg gezogenen „deutschen Männern“ – plötzlich wieder möglichen Berufstätigkeit von Frauen, die den NS-Akteuren immer noch lieber waren und als zuverlässiger galten als „ausländische Hilfsarbeiter“ und zur Partnersuche von Frauen in Kriegszeiten (sogenannter „unerlaubter Umgang mit Kriegsgefangenen“).

Dr. **Şirin Özfirat** wurde 1983 in Tübingen geboren und studierte in Konstanz, wo sie im Verfassungs-, Haushalts- und öffentlichen Dienstrecht promovierte sowie ihr Referendariat absolvierte. Ihre erste berufliche Station verbrachte sie als Rechtsanwältin bei der Kanzlei *Hengeler Mueller* in Düsseldorf, wo sie im öffentlichen Wirtschaftsrecht tätig war. Danach entschied sie sich um und wechselte in den Saarländischen Justizdienst, wo sie als Staatsanwältin begann, bald aber als Referatsleiterin im Richterrecht an das Justizministerium des Saarlandes abgeordnet wurde. Dem folgte eine Abordnung an das Finanzministerium des Saarlandes, um in einem Steuer-CD-Skandal für Aufklärung zu sorgen. Danach verbrachte sie eine Zeit lang am Verwaltungsgericht des Saarlandes, um bald wieder als Büroleiterin des Justizministers in das Justizministerium zurückzukehren. Mitte des Jahres 2020 wechselte sie in die Verwaltung des Saarlandes, wo sie bis September 2023 als Leiterin der Zentralabteilung tätig war. Seit Oktober 2023 ist sie Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken.



▲ (Foto: privat)

Das Saarland ist das einzige Bundesland, das aufgrund seiner kleinen Größe nicht in djB-Regionalgruppen aufgeteilt ist. Der Landesverband wird in Gesetzgebungsverfahren mit gleichstellungsrechtlichen Bezügen und in Haushaltsaufstellungsverfahren regelmäßig vom Landtag des Saarlandes angehört und auch nach Neuwahlen im Rahmen von Koalitionsverhandlungen u.a. von den Fraktionen zum rechtspolitischen Gesprächsaustausch gebeten. Insoweit ist der Landesverband und damit der djB auf Landesebene als Akteur anerkannt.

Dieser Erfolg ist sicher auch den Vorsitzenden zu verdanken. Bis 2014 hat sich die Oberstaatsanwältin *Sabine Kräuter-Stockton* äußerst engagiert als Vorsitzende des LV Saarland eingesetzt. Seit 2014 zeigt *Şirin Özfirat* ein ebensolches Engagement.

Als Werbemittel setzt *Şirin Özfirat* übrigens djB-Tassen ein, wie sie im Interview berichtet. Mit den Tassen des djB hat schon *Sabine Kräuter-Stockton* auf ihrem Schreibtisch für den djB „Reklame“ gemacht.

Derzeit befassen wir uns mit dem Policy Paper zum Schwangerschaftsabbruch, da im Saarland außerordentlich wenige Ärzt*innen Abbrüche anbieten, die „Listen“, die von den Beratungsstellen eigentlich ausgegeben werden sollen, also sehr dürrig sind. Hierzu wird es in Kooperation mit dem Frauenrat Saarland, Profamilia und dem Frauenbüro der

Landeshauptstadt Saarbrücken am 10. November 2023 eine Vortragsveranstaltung mit *Céline Feldmann* in Saarbrücken geben.

Wie ist das Verhältnis Fachvorträge gegenüber reinen Netzwerkveranstaltungen?

Ich würde sagen 50:50; reine Plauder-Stammtische haben wir – mit Ausnahme der sehr beliebten Weihnachtsfeier! – allerdings kaum, die Netzwerkveranstaltungen sind in der Regel mit einer Wanderung, einer Exkursion in eine feministische Ausstellung oder eine justizielle Institution verbunden.

Finden Stammtische/Veranstaltungen immer im „öffentlichen Bereich“, d.h. Restaurants o.ä. statt oder auch im privaten Rahmen, d.h. auf Einladung eines Mitglieds in Büro- oder Privaträumen? Ich habe auf Ihrer Webseite gesehen, dass Sie beim Stammtisch einen Jour Fixe haben, aber derzeit keine Vorträge im Internet ankündigen – weil es keine gibt, oder verschicken Sie Einladungen per Email?

Wir veranstalten monatlich am zweiten Montag des Monats um 19 Uhr einen Stammtisch. Dieser ist meist mit kleinen oder auch größeren Fachvorträgen von Mitgliedern des LV oder von Bundeskommissionen oder von externen Referentinnen verbunden. Aber auch die Wanderung, Ausstellungen und Fachexkursionen sind dabei vorgesehen.

Wir versenden unsere Einladungen an Mitglieder und Interessentinnen 3 Wochen vorab per E-Mail und treffen uns dann in Nebenräumen eines Lokals in Saarbrücken, wo wir in Ruhe den Vorträgen zuhören und im Nachgang noch essen und trinken können.

Sehr selten waren wir schon von Mitgliedern in deren berufliche Räume eingeladen, wenn diese über ihren Beruf berichtet haben.

Derzeit haben wir keine Webseiten-Betreuerin, da wir – wie bereits gesagt – eine engagierte junge Frau an ein anderes Bundesland verloren haben, wo sie nun beruflich tätig ist. Deshalb können wir unsere Stammtische im Moment auch nicht mehr im Internet bewerben.

Wurden schon einmal Mitglieder aus dem Bundesvorstand als Referentinnen eingeladen?

Ja, ich habe mehrmals Kolleginnen eingeladen, auf die ich über die Regionalgruppentreffen aufmerksam wurde und nachdem wir das im Landesvorstand dann beschlossen haben: z.B. *Maria Wersig* zum Ehegatten-/Familiensplitting, *Henriette Lyndian* zum Gewaltschutz/Stalking und *Monika Zumstein* zu neuen Entwicklungen im Familien- und Erbrecht.

Gab es bereits eine Veranstaltung in der der Podcast „Justitias Töchter“ Thema war, Pressemitteilungen des djb, die Webseite des djb oder die sozialen Medien?

Presmitteilungen werden bei unseren Stammtischen ebenfalls diskutiert, ja, vor allem aber die Policy Papers; das geschieht meist im Nachgang zu einem Fachvortrag im anschließenden „Netzwerkteil“ des Stammtisches. Der Podcast war bislang

nicht explizit Thema. Ich habe – bislang vergebens – eine Social-Media-Beauftragte zu werben versucht, bleibe aber dran!

Gibt es Kooperationen mit anderen Verbänden?

Ja, sehr enge: mit dem Frauenrat Saarland, dem Deutschen Ärztinnenbund, dem Frauenbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken (bei deren Frauenthemenmonat im November wir immer eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Frauenrat machen) und dem Frauennotruf Saarland, der sich unseren Mitgliedern bei Stammtischen mit unterschiedlichen Projekten (etwa zum Schutz vor sexueller Belästigung in Lokalen u.a.) vorgestellt hat.

„Best of“ und „worst experience“ – welches waren die Highlights/Höhepunkte der letzten Zeit und was bzw. welche Veranstaltung wurde nicht angenommen und warum?

Ein Highlight war sicherlich, dass infolge unserer Teilnahme an der Wanderausstellung im Landgericht Saarbrücken zum Jubiläum „100 Jahre Frauen in juristischen Berufen“ im September 2022 mit einer vielbeachteten Vernissage, meiner dortigen Rede zu *Erika Scheffen* sowie einer Rede von Prof. Dr. *Matusche-Beckmann* zur Unterrepräsentanz von Frauen in Professuren an juristischen Fakultäten das Ministerium der Justiz unter Petra Berg das „Erika-Scheffen-Habilitations-Stipendium“ für Frauen geschaffen hat. Manchmal bewirkt man also etwas.

Nicht sonderlich gut angenommen wurden bislang die feministischen Ausstellungsexkursionen nach Frankfurt, die ich – inspiriert von den Berichten einer Kollegin aus der Regionalgruppe Frankfurt – hier im Landesverband Saarland so auch implementieren wollte. Ich bleibe aber dran, vielleicht habe ich den Geschmack bislang einfach nicht getroffen..

Wie werden neue Mitglieder für den djb/den LV gewonnen?

Wir werben an Informationsständen für Erstsemester an der Universität des Saarlandes, was sich oft erst nach drei bis vier Semestern zeigt: plötzlich kommen die Frauen und wollen mal sehen, wie wir sind und arbeiten; vorher trauen sie sich oft nicht, heben aber das Informationsmaterial offenbar auf, bis sie sich „reif“ fühlen, mitzureden.

Ansonsten gilt: alle unsere Mitglieder bewerben den djb bei ihren studentischen Praktikantinnen und Referendarinnen. Das klappt außerordentlich gut.

Ich selbst, aber auch weitere Mitglieder, sind Referentinnen im Rahmen der Referendarinnenausbildung; auch dort bewerben wir den djb und seine Veranstaltungen, haben sogar mit der Interessenvertretung der Rechtsreferendarinnen bereits einen Stammtisch gemeinsam gestaltet.

Nicht zuletzt unsere für die Öffentlichkeit geöffneten Fachveranstaltungen, die wir einmal im Jahr beim Frauenthemenmonat der Stadt Saarbrücken oder letztes Jahr z.B. im Rahmen der Wanderausstellung des djb zum Jubiläum „100 Jahre Frauen in juristischen Berufen“ organisiert haben und organisieren, sind pure Werbung für unseren Landesverband. Im Nachgang kommen meist ein paar Anmeldungen über die Bundesgeschäftsstelle rein.

Wird bei Neueitritten gefragt, wie die Mitglieder zum djb gekommen sind?

Ja – in aller Regel über die Ausbilderinnen im Studium/Referendariat oder über die eigenen Mütter, die selbst im djb sind.

Werden Sie schriftlich oder mündlich vom LV Saarland begrüßt und vorgestellt?

Ich begrüße jedes Neumitglied in einer ausführlichen E-Mail und lade dazu ein, möglichst bald zu einem der nächsten Termine zu kommen. An der jährlichen Weihnachtsfeier finden die Neumitglieder eine Erwähnung in meiner Rede zum Jahresrückblick auf unsere Veranstaltungen und zur Mitgliederentwicklung und erhalten eine djb-Tasse als Geschenk (mit Applaus aller Anwesenden). Das kommt natürlich gut an und wirkt integrierend.

Wirkt sich der bundesweite Mitgliederanstieg in den letzten fünf Jahren mehr als 60 Prozent im LV aus und wenn ja, wie?

Wir bleiben seit ca. 15 Jahren konstant bei 60-70 Mitgliedern, ich glaube daher: nein.

Macht sich ein Generationenwechsel bemerkbar? Bundesweit fast 30 Prozent der Mitglieder JuJus.

Wir hatten schon immer alle Altersgruppen bei uns im Landesverband vertreten; unsere aktiven und zu Veranstaltungen kommenden Mitglieder stammen auch aus allen Altersgruppen – in den letzten drei Jahren sind diese mehrheitlich unter 50 Jahre alt und die Mitglieder unter 30 Jahre machen ca. 30 Prozent aus.

Der djb ist ein Verband für Juristinnen, aber auch Volks- und Betriebswirtinnen. Wird das im LV Saarland wahrgenommen und werden diese Frauen „mitgedacht“?

Ja. Wir sprechen geeignete Frauen mit diesen Professionen immer wieder an; leider fühlen sie sich bei der „Übermacht“ der Juristinnen offenbar nicht ganz wohl in ihrer Haut und bislang konnte ich in meiner Zeit als Vorsitzende keinen Eintritt verzeichnen.

Was hat Corona im LV bewirkt – positiv wie negativ?

Die Mitglieder kommen in etwas geringerer Anzahl zu Präsenzterminen. Früher kamen zu Stammtischen regelmäßig 12-15 Personen, heute sind es manchmal auch nur 8-12 Personen. Aber im Großen und Ganzen sind wir ohne große Verluste aus der Krise gekommen.

Natürlich haben wir zwischen Ende 2020 und Mitte 2022 viel reine Online-Veranstaltungen angeboten, die sehr gut angenommen wurden. Plötzlich schalteten sich Mitglieder hinzu, die dies sonst nicht in Präsenz taten.

Was gefällt Ihnen am besten am Landesverband Saarland?

Wir sind sehr effektiv in der Beratung und Ermutigung junger Studierenden und Referendarinnen in deren Lebensplanung: Sie erhalten bei uns von erfahreneren Mitgliedern Praktikums-/Stationsangebote und -Empfehlungen während des Studiums und des Referendariats sowie später auch Jobangebote.

Der von uns geschaffene vertrauliche Rahmen wird von den jungen Mitgliedern also genutzt, sie fühlen sich aufgehoben und

haben in diesem sicheren Rahmen den Mut und das Vertrauen, teilweise als brisant empfundene Themen anzusprechen, die eine sonstige Freundesclique, eine Lerngruppe oder ähnliches nicht zulässt. Das bezieht sich auf alle Lebenslagen, auch auf mögliche zeitliche oder sonstige Konzepte der Familienplanung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Psychisch einengende Vorstellungen darüber, was geht und was nicht, die sich widersprochen im Extremfall auf die Berufswahl junger Frauen auswirken würden, können wir eine Gegenvorstellung entgegenzusetzen. Teilweise geht es auch um Profanes wie die gegenseitige Kontaktvermittlung zu geeigneten Haushaltshilfen/Nannys etc.

Diese Betreuung danken uns die Mitglieder ein Leben lang und kommen trotz späterer Berufswechsel bei Besuchen im Saarland gerne zu unseren Stammtischen dazu.

Wo sehen Sie noch Handlungsbedarf im Saarland?

Die Website muss wieder eine Betreuerin finden und das Social-Media-Management angegangen werden: bitte melde Dich also, Retterin des LV Saarland!

Sommerempfang des djb-Landesverbandes Berlin am 6. Juli 2023 in der Landesvertretung Schleswig-Holstein

Eva Ritte

Rechtsanwältin im Öffentlichen Recht bei der Kanzlei ARQIS, Mitglied im Vorstand bzw. Beirat des Landesverbandes Berlin

An einem sonnigen Donnerstagabend im Juli lud der Vorstand des Berliner djb-Landesverbandes zu seinem traditionellen Sommerempfang ein. In den luftigen und großzügigen Räumlichkeiten der Landesvertretung Schleswig-Holstein konnte *Georgia von der Wettern*, die Vorsitzende des Landesverbandes, an diesem Abend etwa 200 Gäste begrüßen: eine generationenübergreifende Gruppe, die die Vielfaltigkeit des djb wunderbar widerspiegelte – unter ihnen sowohl langjährige und prominente djb-Mitglieder wie Dr. *Lore Maria Peschel-Gutzeit* als auch eine große Zahl von „JuJus“. Auch zahlreiche hochrangige Vertreterinnen der Berliner Justiz waren unter den Gästen.

Im Anschluss an einige Begrüßungsworte der Staatssekretärin und Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund *Sandra Gerken* wurde die diesjährige Festrede von der djb-Präsidentin Prof. Dr. *Maria Wersig* gehalten. Es war eine lebhaft und engagierende Rede, ein Aufruf, sich weiterhin für die Ziele des djb stark zu machen und für unsere Überzeugungen einzustehen – trotz der aktuellen Omnipräsenz negativer und toxischer Männlichkeiten, besorgniserregender politischer Entwicklungen und der Verbreitung von nicht nur verbalem Hass und Gewalt. *Maria Wersig* erinnerte an die letzten sechs Jahre ihrer Amtszeit sowie die letzten 75 Jahre Verbandstätigkeit, in denen wir gemeinsam trotz aller Rückschläge viel erreichen konnten. Der djb sei eine Erfolgsgeschichte, die keinesfalls selbstverständlich, sondern hart erkämpft sei. In Bezug auf aktuelle Herausforderungen brachte sie



▲ Auf dem Foto von links nach rechts: aus dem Landesverband Berlin Jutta Wagner (ehem. Vorsitzende sowie ehem. djb-Präsidentin), Alexandra Schramm, Georgia von der Wettern (Vorsitzende) und Sabine Wildfeuer (stellv. Vorsitzende) sowie die Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund Sandra Gerken; Foto: Anne Friedrich

ihr Bekenntnis zu einem intersektionalen Ansatz zum Ausdruck. Wir dürften nicht den Fehler machen, „eine monolithische Vorstellung von Frauen zu haben“, sondern müssten „die Vielfalt und Komplexität ihrer Erfahrungen anerkennen“. Dies beträfe jeden Politikbereich, in dem der djb aktiv sei, vom Migrationsrecht über das Abstammungsrecht bis hin zum Thema Gewaltschutz. Ihre Rede endete mit der Aufforderung, am heutigen Abend Erfolge aus der Vergangenheit zu feiern und gemeinsam gestärkt in die Zukunft zu blicken.

Das ließen sich die Gäste nicht zweimal sagen: Der sich anschließende gesellige Teil des Abends war geprägt von lebendigen Gesprächen, in denen sicherlich auch der ein oder andere Plan für die Zukunft geschmiedet wurde. Mit Getränken und Buffet fand man sich im Garten der Landesvertretung ein, wo Strandkörbe zum Verweilen bis in die späteren Stunden einluden.

Rede von djb-Präsidentin Prof. Dr. Maria Wersig beim Sommerempfang des Landesverbandes Berlin

Liebe Kolleginnen im djb, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren und alle dazwischen und außerhalb,

es ist mir eine große Freude, heute hier ein paar Worte an Sie zu richten auf dem Sommerempfang des größten Landesverbands des djb. Wie schön, dass Sie alle hier sind und wir endlich wieder in Präsenz zusammenkommen. Vielen Dank an den überaus aktiven Vorstand des Landesverbands, der hier in Berlin so viel gestaltet.

Ich möchte heute Abend über ein Thema sprechen, das von großer Bedeutung für uns alle ist: das feministische Engagement für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft. Ich möchte einen Blick zurück werfen auf das Erreichte, die aktuellen Herausforderungen ansprechen und mit Ihnen in die Zukunft schauen.

Vielleicht ist es Ihnen in Ihrem Leben auch schonmal so gegangen, dass Sie sich nicht ganz ernst genommen fühlten oder gar ignoriert fühlten, wenn Sie in irgendeinem öffentlichen,

politischen Kontext Ihre Meinung geäußert haben. Also als Frau. Das soll jetzt heute nicht so ein Vortrag werden, wo ich Ihnen gute Tipps gebe, wie Sie Ihr Verhalten ändern können, damit sich das ändert. Nichts gegen Verhaltenstipps, die können sinnvoll sein, sinnvoller sind aus meiner Sicht aber Tipps an unsere Gesellschaft, wie sie sich verändern muss, damit Frauen endlich als gleichwertige Mitglieder anerkannt werden. Aber einen Tipp habe ich doch: Wenn in Not, zitieren Sie einen alten weißen Mann. Das mache ich jetzt auch: *Christian Pfeiffer*, Kriminologe, 80+ Jahre, hat vor einigen Jahren ein Buch herausgebracht über Gewalt. Und darin vertritt er folgende schöne These: Der Feminismus ist eine Überlebensstrategie der Menschheit.

Männerdominanz, und vor allem eine bestimmte Männlichkeit (*Putin, Erdoğan, Trump*), faschistische Gewaltphantasien à la *Bernd Höcke* – sie führt zu nichts Gutem. *Helene Weber* hat das schon lange vor *Christian Pfeiffer* in zeitlose Worte gekleidet: „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker.“ Den Spruch haben wir auch auf eine Postkarte zu unserem letzten Bundeskongress 2021 drucken lassen.

In einer Zeit, in der Gleichberechtigung und Chancengleichheit noch immer Ziele sind, nach denen wir streben müssen, müssen wir gemeinsam die Stimmen erheben. Wir müssen uns für Gleichberechtigung, Frauenrechte, Parität in allen Lebensbereichen und gegen Diskriminierung stark machen und uns für eine bessere Zukunft einsetzen. Diese Überzeugung verbindet uns im djb, über konfessionelle und Parteigrenzen hinweg, und sie treibt uns an. Für mich kann ich jedenfalls sagen, dass der Wunsch nach Veränderung und die Überzeugung, dass dazu auch gehört, zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen, der Motor meiner Aktivitäten ist.

Zum Blick zurück:

Nach fast sechs manchmal auch ein klein wenig anstrengenden Jahren an der Spitze unseres Verbandes empfinde ich vor allem eines: Stolz auf uns und das gemeinsam Erreichte. Wir feiern dieses Jahr auch das 75-jährige Verbandsjubiläum. Wenn wir im Geiste die Jahrzehnte Revue passieren lassen, wie die Lebenssituation von Frauen war und heute ist, dann könnte man das in einem Zeitraffer als selbstverständliche Erfolgs- und Emanzipationsgeschichte ansehen. Eine Erfolgsgeschichte ja, eine Selbstverständlichkeit, nein.

Erfolge in Sachen Gleichberechtigung sind niemals selbstverständlich gewesen. Sie wurden hart erkämpft, oft durch den unermüdlichen Einsatz von mutigen und entschlossenen Frauen, die gegen Ungerechtigkeiten ankämpften. Viele der Rechte und Freiheiten, von denen wir heute profitieren, wurden durch jahrzehntelangen Einsatz erreicht. Frauen haben für Bildung und für das Wahlrecht gekämpft, für sozialpolitische Fortschritte und angemessene Familienpolitik, sie haben sich gegen Geschlechterdiskriminierung gewehrt und haben sich für gleiche berufliche Chancen eingesetzt. Doch diese Errungenschaften sind keine abgeschlossene Geschichte. Der Kampf um tatsächliche Gleichberechtigung ist ein kontinuierlicher Prozess, der immer noch andauert. Wir haben in den vergangenen Jahren unter meiner Amtszeit mit der Ausstellung „Jüdische

Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft“ und mit der Kampagne „100 Jahre Frauen in juristischen Berufen“ an diese Entwicklungen und die Frauen, die für uns den Weg geebnet haben, erinnert. Die Ausstellung „Jüdische Juristinnen“ wird übrigens am Gründungstag des djB, dem 28. August 2023 im Landgericht Berlin, Tegeler Weg eröffnet. Die Einladung haben Sie Anfang der Woche erhalten.

Es ist wichtig, uns daran zu erinnern, auf wessen Schultern wir stehen. Juristinnen wie *Marie Munk*, *Elisabeth Selbert*, *Erna Scheffler*, *Jutta Limbach*, *Lore Maria Peschel-Gutzeit* und *Heide Pfarr* haben sich für vieles davon eingesetzt, was wir heute als selbstverständlich erachten. Meiner Meinung nach sollten Straße und Plätze nach ihnen benannt werden – zum Beispiel der Amtsgerichtsplatz in Berlin Charlottenburg, der sollte meiner Meinung nach richtigerweise Marie Munk Platz heißen.

Wir müssen ihre Botschaft der Gleichberechtigung weitertragen und ihre Arbeit fortführen.

Besonders stolz bin ich darauf, dass der djB nie stehenbleibt und sich auf bekannten Positionen ausruht. Unermüdlich werden neue Konzepte entwickelt, neue Lösungen für bekannte Probleme. Radikales Denken, verbunden mit Dranbleiben und beharrlich bleiben – das zeichnet feministisches Engagement aus; in der Vergangenheit und heute. Der aktuelle Entwurf für ein Gleichberechtigungsgesetz für die Privatwirtschaft, den der djB unter der Federführung von *Heide Pfarr* entwickelt und vorgelegt hat, ist so ein Beispiel. Seit Jahrzehnten arbeiten wir daran, für *Heide Pfarr* ist es eines ihrer großen Lebensthemen, und wir lassen dabei auch nicht locker, wir setzen die Standards einer fachlichen Debatte, die immer wieder in die Zukunft denkt und neue Ansätze entwickelt.

Aktuelle Herausforderungen

Aber bevor wir über unsere Vision einer gerechten und vielfältigen Gesellschaft und über die Zukunft sprechen, müssen wir uns den aktuellen Herausforderungen stellen. Frauen sind nach wie vor mit Diskriminierung, Ungleichheit und strukturellen Barrieren konfrontiert. Diese Probleme müssen wir aktiv angehen und Veränderungen bewirken.

Es gibt Themen, die sind ein Dauerbrenner. Ich könnte viele nennen, ich möchte aber nur mal eines herausgreifen, weil es gestern durch die Medien ging mit den geplanten Änderungen beim Elterngeld. Nehmen wir also zum Beispiel die eigenständige Existenzsicherung von Frauen in Deutschland – finanziell auf eigenen Füßen stehen und nicht abhängig vom Partner sein, gefördert durch Ehegattensplitting usw. – angemessene Bezahlung ohne Gender Pay Gap; angemessene Familienpolitik ohne Nachteile für Alleinerziehende. Bei diesen Themen dürfen wir nicht nachlassen und müssen immer wieder einfordern, tradierte Rollenbilder nicht zu verfestigen, sondern zu überwinden. Das ist auch nicht nur ein Thema für privilegierte Frauen mit tollen Jobs und hohen Jahreseinkommen. Das ist wichtig für alle Frauen. Wir müssen Freiheit fördern und nicht Abhängigkeit. Das ist ein sehr dickes Brett, weil Entscheidungen über Familie, Sorgearbeit, Arbeitsteilung usw. immer noch als privat gelten, obwohl Recht und Sozialstaat ganz enorm steuern. Hier müssen

wir mit langem Atem immer wieder dranbleiben, bis sich das historische Fenster öffnet, das Veränderungen möglich macht. Dass es diese Fenster gibt, das wissen wir und wir wissen auch, wie man sie nutzt. Ich hoffe, dass ein solches Fenster sich auch öffnen wird für eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, für die der djB sich seit dem vergangenen Jahr einsetzt.

Bei der Betrachtung von Frauenrechten dürfen wir nicht vergessen, dass Frauen vielfältige Identitäten haben und verschiedene Formen von Diskriminierung erleben. Das Konzept der Intersektionalität spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Intersektionalität bedeutet, dass verschiedene soziale Kategorien wie Geschlecht, sexuelle Identität, Religion, Behinderung, rassistische Diskriminierungen zusammenwirken und sich gegenseitig beeinflussen.

Frauenrechte müssen intersektional betrachtet werden, da Frauen unterschiedliche Herausforderungen und Benachteiligungen basierend auf ihrer individuellen Identität und den sozialen Strukturen, in denen sie leben, erfahren. Wir dürfen nicht den Fehler machen, eine monolithische Vorstellung von Frauen zu haben, sondern müssen die Vielfalt und Komplexität ihrer Erfahrungen anerkennen. Es ist wichtig zu betonen, dass Geschlecht immer quer zu den anderen Kategorien liegt und eine eigenständige Dimension der sozialen Identität darstellt. Geschlecht ist aber kein isolierter Faktor, sondern interagiert mit den unterschiedlichen sozialen Kategorien und beeinflusst die Erfahrungen und Benachteiligungen von Menschen auf komplexe Weise.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns bewusst sind, wie verschiedene Formen der Diskriminierung miteinander verflochten sind und sich gegenseitig verstärken können. Indem wir intersektionale Ansätze in unserem feministischen Engagement einbeziehen, können wir sicherstellen, dass alle Frauen in ihrer ganzen Vielfalt vertreten sind und dass ihre Stimmen gehört und respektiert werden.

Es geht darum, Barrieren abzubauen, umfassende Lösungen zu entwickeln und die gesamte Gesellschaft zu verändern. Indem wir die Intersektionalität von Frauenrechten anerkennen, können wir eine inklusive und gerechte Gesellschaft schaffen, in der alle Frauen gleiche Chancen, Zugang zu Ressourcen und Schutz vor Diskriminierung haben.

In sehr vielen Themenbereichen arbeitet der djB selbstverständlich intersektional. Das hat unsere Leitbildkommission zuletzt umfassend analysiert. Wir denken intersektional, wenn wir beispielsweise beim Thema Gewaltschutz unterschiedliche Lebenslagen einbeziehen in unsere Überlegungen. Oder wenn wir im Sozialrecht oder im Migrationsrecht den Blick auf Verschränkungen von Geschlecht mit anderen Problemlagen lenken. Auch das Konzept für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft hat Überlegungen dazu angestellt, die sehr lesenswert sind.

Ich möchte hier außerdem das Beispiel Abstammungsrecht nennen. Auch ein Kind, das in die Ehe von zwei Frauen geboren wird, hat von Anfang an ein Recht auf zwei rechtliche Eltern. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Und es ist ein frauenpolitisches Thema, weil Frauen betroffen sind. Insofern setzen wir uns weiter ein für eine schnelle Reform, die Justizminister *Buschmann* vor Kurzem auch wieder angekündigt hat.

Wir können eine gerechte und vielfältige Gesellschaft nur erreichen, wenn wir die Vielfalt wertschätzen und Inklusion fördern. Jeder Mensch, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Hintergrund und abhängig von der Religion sollte gleiche Chancen und Rechte haben. Eine inklusive Gesellschaft bietet Raum für verschiedene Perspektiven, Erfahrungen und Talente. Deshalb bin ich persönlich auch der Meinung, dass der djB an einer Positionierung zum Thema Kopftuch in der juristischen Ausbildung und im Richterinnenamt arbeiten sollte. Diese Diskussion müssen wir führen, weil sich unsere Gesellschaft verändert.

Meine persönliche Meinung dazu ist, dass wir den Zugang zu höchsten Positionen in der Justiz auch nicht mittelbar diskriminierend beschränken dürfen. Ich bin gespannt auf die Arbeitsergebnisse unserer Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung und die Diskussionen mit Ihnen, unseren Mitgliedern.

Zu den Herausforderungen der Zukunft

Auf meiner ersten djB-Bundesvorstandssitzung, die ich als Präsidentin leitete, hat sich eine Kollegin zu Wort gemeldet und gesagt, dass es zweifelsfrei zu Austritten aus unserem Verband kommen werde, nachdem jemand wie ich nun an der Spitze steht. Auf welche meiner Identitätskategorien sie mit dieser Einlassung Bezug nehmen wollte, kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Es lag vermutlich ein Motivbündel vor. Damals habe ich mir, rückblickend vergleichsweise naiv, vorgenommen, dass ich für jedes Mitglied, das den Verband verlässt, ein neues werbe.

Nachwuchsprobleme haben wir im djB allerdings keine – der enorme Mitgliederzuwachs ist auch in den letzten beiden Jahren ungebrochen und wir sind nun über 4.800 Kolleginnen im Verband, davon ist etwa ein Drittel bis 30 Jahre alt. Wir wissen ja alle seit der Pandemie, was exponentielles Wachstum ist; dieses sieht man bei der Mitgliederentwicklung des djB.¹ Ich freue mich über jede, die bei uns mitmachen will und kann nur sagen: Wir brauchen Euch und eure Ideen, euer Engagement. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass es auch euer Verband ist, den ihr in die Zukunft tragt.

Denn die Herausforderungen der Zukunft sind enorm, feministisches Engagement muss sich äußern zu den Herausforderungen des Klimawandels, des drohenden Abbaus von Sozialstaatlichkeit, globalen Krisen und Kriegen, Ausbeutung von Mensch und Natur, Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Wir sehen gemeinsam mit großer Sorge, wie Hass und Gewalt sich verbal und tatsächlich immer mehr Raum nehmen. Politikerinnen und feministisch aktivistisch engagierte Frauen, Angehörige von Minderheiten sind besonders betroffen.

Und damit komme ich zum Stichwort Demokratie und der eingangs genannten These, dass Feminismus eine Überlebensstrategie ist für die Menschheit. Ich glaube, Feminismus ist eine Überlebensstrategie für unsere Demokratie. Es ist jedenfalls nicht möglich, genderneutral über die derzeitigen Krisen zu sprechen. Wir verzeichnen sinkendes Vertrauen in demokratische Strukturen und in die Medien und eine Gewalt, die sich in der Sprache und im Internet Bahn bricht und gerade Frauen und Angehörige von Minderheiten, die sich öffentlich äußern, trifft.

Es bleibt nicht bei einer Verhöhnung der Sprache, Gewalt durch Worte kann in körperliche Gewalt münden, das haben wir gesehen in Halle und in Hanau. Frauen sind besonders betroffen von sexistischer Gewalt im Internet. Und Politikerinnen erst recht. Weibliche Bundestagsabgeordnete sagen zu über 80 Prozent, dass sie täglich beleidigt und bedroht werden. In der Kommunalpolitik ist es noch schlimmer.

Was kann die Antwort sein auf diese Entwicklungen? Mehr Menschenrechte, mehr Demokratie, mehr respektvoller Dialog und klare Kante aller Demokratinnen und Demokraten gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus.

Wir müssen insgesamt die Politik so gestalten, dass Partizipation für Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen möglich ist. Und das gilt ganz besonders für Frauen. Denn Frauen sind nicht irgendeine Gruppe, wie es ja gern argumentiert wird, wenn in den Paritätsgesetzen die Rückkehr zum Ständewahlrecht erkannt wird. Frauen sind in allen gesellschaftlichen Gruppen vertreten.

Was kann man noch tun, um sich als Partei für Neues zu öffnen, wenn man Männerdominanz als Strukturproblem erkannt hat? Das ist ein schwieriger und langer Prozess, weil er eine Auseinandersetzung erfordert mit der eigenen Organisationskultur und auch mit persönlichen Privilegien. Aber es gibt Ansätze. Es gibt sogar sehr bewährte Ansätze, wie die Quote.

Machen Frauen automatisch eine andere Politik? Nein. Trotzdem sehen wir als Frauenverband, dass bei vielen wichtigen politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte, von „Nein heißt nein“ bis zu Quoten in den Aufsichtsräten es die Parlamentarierinnen waren, die parteiübergreifend und mit den Frauen der Zivilgesellschaft die Dinge vorangebracht haben. Wir brauchen also die Frauen in der Politik. Wo die Frauen fehlen oder auf ihre Stimmen keinen Wert gelegt wird, dort weht viel zu oft der Wind der Vergangenheit. Der Frauenanteil und die Themen, die politisch für wichtig gehalten werden, die hängen doch irgendwie zusammen.

Abschließend möchte ich den Blick ins Ausland richten. Im Iran kämpfen Frauen um ihre Freiheit und ihr Leben. In Afghanistan sind Mädchen seit 600 Tagen von Schulbildung und Frauen seit über 300 Tagen vom Hochschulstudium ausgeschlossen. Diese Woche kam die Nachricht, dass die letzte Zufluchtsbastion außerhalb des eigenen Hauses, ausgerechnet der Schönheitssalon, nun abgeschafft wird. Diese Frauen brauchen unsere Solidarität. Der djB unterstützt gemeinsam mit der Deutsch-Afghanischen Freundschaftsgesellschaft Baaham afghanische Juristinnen bei ihrem Neustart in Deutschland. Die Teilnahme an offiziellen Integrationskursen in Präsenz ist für Frauen mit kleinen Kindern zum Beispiel schwieriger bzw. fast unmöglich, also organisieren wir für sie virtuelle Sprachkurse. Wenn Sie in diesem Jahr nochmal für einen guten Zweck spenden, denken Sie an diese Kolleginnen, die hier komplett von vorn anfangen nachdem ihr Beruf und ihr Land ihnen genommen wurde.

¹ Anmerkung der Redaktion: nur einen Monat, nachdem djB-Präsidentin Prof. Dr. Maria Wersig diese Rede hielt, konnten wir unser 5.000stes Mitglied begrüßen.

Ich komme zum Schluss:

Wir haben viel erreicht gemeinsam; auch nach 75 Jahren braucht es die Expertise des djb in der Politik. Formal gleiche Rechte bedeutet nicht automatisch gleiche Chancen. Die Gleichberechtigung ist ein Versprechen, das eingelöst werden muss, jeden Tag. Wir machen weiter, auch wenn wir zu hören bekommen, dass Frauen und Männer in Deutschland doch rechtlich längst gleichgestellt sind, dass wir uns vom Leben alles nehmen können, wenn wir nur wollen, dass die Welt uns offensteht, dass wir natürlich alles tun und erreichen können, solange wir hart arbeiten, gut aussehen, nett sind und keine Forderungen stellen. Das war schon immer eine Lüge. Macht muss man sich nehmen. Sich klein machen, bringt gar nichts.

Also lassen Sie uns heute Abend die bisherigen Erfolge unseres Verbandes, der Frauenbewegungen insgesamt und die Kämpferinnen, die sie uns ermöglicht haben, feiern.

Und lassen Sie uns in die Zukunft schauen und gemeinsam die Gleichberechtigung endlich für alle Menschen in allen Lebensbereichen zur Realität machen, in einer starken und vielfältigen Demokratie und in einer Welt der Menschenrechte für alle! Vielen Dank!

30-Jahr-Feier der Regionalgruppe Brüssel am 12. Juli 2023

Margarete Hofmann

Ehemalige Vorsitzende der djb-Regionalgruppe Brüssel (2007–2012), ehemalige djb-Vizepräsidentin (2011–2015), seit 2015 Mitglied der Kommission Europa- und Völkerrecht sowie seit 2021 Ehrenmitglied des djb; Beamtin der EU-Kommission im Ruhestand, Berlin

Am 12. Juli 2023 feierte die Regionalgruppe Brüssel des djb ihr 30-jähriges Bestehen mit mehr als 60 Teilnehmenden bei einer abendlichen Festveranstaltung. Nach einem Grußwort von djb-Vizepräsidentin *Ursula Matthiessen-Kreuder*, die den



▲ von links nach rechts: Andrea Oel-Brettschneider (frühere Vorsitzende der RG Brüssel), Dorothee Wildt (Vorstandsmitglied RG Brüssel), Margarete Hofmann (frühere Vorsitzende), Ursula Schliessner (frühere – erste – Vorsitzende), Marion Maurer (frühere Vorsitzende), Juliane Kokott (Generalanwältin am EuGH), Kirsten Baubkus-Gérard (Vorsitzende), Ursula Matthiessen-Kreuder (Vizepräsidentin djb), Elisabeth Kotthaus (frühere djb-Vizepräsidentin, erste EWLA-Präsidentin), Hannah Adzakpa (Vorstandsmitglied RG Brüssel)



▲ Kirsten Baubkus-Gérard bei ihrer Rede, Foto: djb

djb kurz vorstellte, gab die Vorsitzende der Brüsseler Gruppe, *Kirsten Baubkus-Gérard*, einen Überblick über die Geschichte der Regionalgruppe und ihre derzeitigen Aktivitäten.

Die Gründung der Gruppe ist vor allem Rechtsanwältin *Ursula Schliessner* zu verdanken, die Anfang der 1990er Jahre nach ihrem Umzug in die europäische Hauptstadt ihre djb-Aktivitäten mit einigen gleichgesinnten Kolleginnen weiterführen wollte. Die offizielle Anerkennung der Gruppe erforderte allerdings besonderes Beharrungsvermögen, da hierfür eine Änderung der djb-Satzung erforderlich war. Die Regionalgruppe Brüssel entwickelte sich unter den Vorsitzenden *Ursula Schliessner*, *Christiane Kirschbaum*, *Andrea Oel-Brettschneider*, *Margarete Hofmann*, *Dr. Annette Matthias-Werner*, *Dr. Claudia Schöler*, *Marion Maurer* und derzeit *Kirsten Baubkus-Gérard* kontinuierlich weiter und umfasst heute circa 60 Mitglieder. Sie ist bei weitem die größte und aktivste Auslandsgruppe des djb. Die Veranstaltungen bieten ein abwechslungsreiches Programm mit einem Fokus auf aktuellen EU-Vorhaben im Bereich der Geschlechtergleichstellung. Regelmäßige Stammtische runden das Angebot ab. Einige Mitglieder der Brüsseler Gruppe bringen zudem ihre europarechtliche und -politische Expertise in die djb-Fachkommission Europa- und Völkerrecht ein.

Anschließend hielt Prof. Dr. Dres. H.c. *Juliane Kokott*, Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Union, die Festrede zum Thema „Female Approach to Competition Law?“¹, die interessante Einblicke in die Leitbilder der Wettbewerbspolitik (Chicagoer Schule versus Brandeis Schule) eröffnete sowie auf einige namhafte Frauen aufmerksam machte, die die sogenannte „neue Brandeis“-Bewegung maßgeblich mit geprägt haben, wie z.B. die erst 35-jährige Präsidentin der amerikanischen Federal Trade Commission, *Lina Khan*, die US Senatorin *Amy Clobuchar* oder die EU-Kommissarin für Wettbewerb, *Margrethe Vestager*. Auch Generalanwältin *Juliane Kokott* sieht sich als Anhängerin dieser Bewegung an. In der anschließenden Fragerunde wurde unter anderem *Juliane Kokotts* These diskutiert, dass Frauen eher einem ordoliberalen, das heißt wertorientierten Konzept

1 Einen Aufsatz mit dem gleichnamigen Titel „A Female Approach to Competition Law?“ veröffentlichte Prof. Dr. Dres. H.c. *Juliane Kokott* im August 2023 in der Zeitschrift *Wirtschaft und Wettbewerb*, WuW1447002, Ausgabe 10/2023, S. 23-527, abzurufen unter <https://research.owlit.de/document/c1afca83-340c-3ce2-a44b-60a3d8c7df85#>. (nur für Abonnent*innen; Zugriff: 24.10.2023).



▲ Juliane Kokott bei ihrer Rede, Foto: djb

der Wettbewerbspolitik („neue Brandeis“-Schule) zuneigen als dem freien Spiel der Märkte (Chicagoer Schule) zu vertrauen.

Bei reichlich Speis und Trank in schönster Umgebung bestand danach ausreichend Gelegenheit zum Feiern und Netzwerken. Es war ein inspirierender und rundum gelungener Abend.

Wir wünschen der djb-Regionalgruppe Brüssel weiterhin viel Erfolg und alles Gute für die nächsten 30 Jahre!

Verleihung einer djb-Ehrennadel an Petra Lorenz für die 35-jährige Mitgliedschaft am 02.11.2023 im Rahmen der Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Freiburg

Laudatio der Vorsitzenden der Regionalgruppe Freiburg, Carolin Janson

Liebe Petra, ich darf Dir ganz herzlich zu Deinem Jubiläum im djb gratulieren. Du bist am 14. Oktober 1988 dem djb beigetreten und demnach seit 35 Jahren Mitglied im Deutschen Juristinnenbund. Dabei warst Du nicht einfach nur ein passives Mitglied, sondern hast Dich und Deine Talente an allen Ecken und Enden eingebracht.



▲ Petra Lorenz, Carolin Janson und Katharina Stein bei der Verleihung der Ehrennadel in Freiburg, Foto: Sita Rau

Deine Leidenschaft sind die Zahlen – Du hast beruflich in der Finanzverwaltung hier in Baden-Württemberg gearbeitet und warst zuletzt als Regierungsdirektorin tätig. Du warst bei uns in der Regionalgruppe insgesamt 14 Jahre lang Schatzmeisterin. Auf Bundesebene warst Du zunächst 12 Jahre lang Kassenprüferin; seit dem Jahr 2015 bist du Bundesschatzmeisterin unseres Verbands.

Um Dein Engagement im djb angemessen zu würdigen, musst Du Dir also vorstellen, dass nicht ich alleine hier vorne stehe, sondern dass auch die drei Präsidentinnen hier stehen und Dir auf die Schulter klopfen, an deren Seite Du gearbeitet hast. Das sind Ramona Pisal, Prof. Dr. Maria Wersig und jetzt Ursula Matthiessen-Kreuder. Auch in ihrem Namen kommt mir die Ehre zuteil, Dir heute Deine Urkunde für 35 Jahre Mitgliedschaft zu übergeben und Dir die Ehrennadel anzustecken.

Zum Schluss bleibt mir zu sagen: Liebe Petra, ich bin tief beeindruckt von Deinem Engagement und Deiner Ausdauer. Ich habe Dich als anpackende, lebenslustige und vielseitig interessierte Juristin kennengelernt, die den djb auf Regional-, Landes- und Bundesebene aktiv mitgestaltet. Wir hoffen alle, dass Du dem djb noch lange Zeit verbunden bleibst.

Ein großer Erfolg für nicht-binäre Anwält*innen

Rechtsanwält*in Ronska Grimm war erfolgreich im Streit gegen die RAK Berlin und darf nun offiziell die Berufsbezeichnung „Rechtsanwält*in“ verwenden. Zum Hintergrund: Ronska Grimm hat als nicht-binäre Anwält*in die Berufsbezeichnung „Rechtsanwält*in“ auf Homepage und Briefkopf gewählt. Ein Anwaltskollege zeigte dies bei der Rechtsanwaltskammer Berlin unter Verweis auf § 12 Abs. 4 BRAO an, u.a. da „zu befürchten sei, dass diese Bezeichnung dem Ansehen des Anwaltsstandes im Allgemeinen abträglich wäre“. Die RAK teilte daraufhin zunächst mit, sollte sich der Sachverhalt als zutreffend erweisen, stelle dies einen berufsrechtlichen Verstoß dar und forderte Rechtsanwält*in Grimm zur Stellungnahme auf.

Von der Stellungnahme – die gemeinsam mit Rechtsanwältin Lea Beckmann und weiteren solidarischen Anwält*innen auch aus den Reihen des djb verfasst wurde – offenbar überzeugt, stellte die Kammer fest, dass nach dem Dritte-Options-Beschluss des BVerfG (BVerfG, Beschluss vom 10.10.2017 – 1 BvR 2019/16) eine verfassungsgemäße Auslegung der BRAO dahingehend zu erfolgen hat, dass die in der Berufsordnung benannten Berufsbezeichnungen „Rechtsanwalt“ und „Rechtsanwältin“ nicht abschließend seien. Die verwendete Berufsbezeichnung „Rechtsanwält*in“ sei auch nicht geeignet, das Ansehen des Anwaltsstandes zu gefährden, sondern sei Ausdruck des grundgesetzlich geschützten Persönlichkeitsrechts.

Wir freuen uns mit Rechtsanwält*in Grimm über die Entscheidung der Kammer mit diesem Schritt in Richtung Gleichberechtigung aller Geschlechter.